

V-96 Grüne Regierungsbeteiligung nur mit klaren Grünen Linien. Sonst soll Basis gefragt werden.

Gremium: Landesvorstand Bündnis 90 / Die Grünen - Landesverband Bremen  
Beschlussdatum: 04.10.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 Kompromisse gehören zum Regieren dazu - das muss man unter Grünen niemandem mehr  
2 erklären. Aber wenn wir jahrelang Abwehrkämpfe führen, die Debatten trotzdem  
3 immer weiter verrückt werden und dabei die eigenen Grundwerte und der Anspruch,  
4 mit dem wir als Grüne politisch angetreten sind, grundsätzlich unter die Räder  
5 geraten, hat unsere Kompromissbereitschaft auch Grenzen.

6 Wir wollen für grüne Regierungsbeteiligung konkrete "grüne Linien" für  
7 Koalitionen im Bund ziehen. Wenn selbst die nicht erkennbar gehalten werden  
8 können, sollte es eine Urabstimmung der Basis über den Verbleib in der Koalition  
9 geben. Das heißt selbstverständlich nicht, dass wir erst dort anfangen für  
10 unsere Werte und Projekte zu kämpfen oder uns bis auf diesen Mindeststandards  
11 runterhandeln lassen, sondern dass es eine Reißlinie gibt, ab der die  
12 Entscheidung über den weiteren Verbleib in der Koalition ein Votum der Basis  
13 voraussetzt.

14 Nicht, weil wir dogmatisch an irgendeiner "Reine Lehre" klammern, sondern weil  
15 es uns als progressive, sozial-ökologische Partei um die konkreten Auswirkungen  
16 auf die von dieser Politik betroffenen Menschen geht:

17 DNA grüner Politik ist es, dass "Grün schützt!"

18 Grün schützt die Demokratie und Menschen vor rechter Gewalt!

19 Grün schützt die Umwelt und unsere Lebensgrundlagen!

20 Grün schützt Vielfalt, FLINTA und queere Menschen!

21 Grün schützt das Klima und dein Zuhause!

22 Grün schützt die Menschenrechte und das Grundrecht auf Asyl!

23 Grün schützt Arbeitnehmer\*innen und Sozialstaat!

24 (...)

25 In der aktuellen Lage werden wir in vielen Feldern auf eine Politik des  
26 kleineren Übels und der kleinen Schritte und Abwehrkämpfe zurückgedrängt, die  
27 sicher noch schlimmeres verhindert.

28 Der Versuch, hier sowohl ein Programm mit zu stützen, das gegen urgrüne Werte  
29 geht, wie wir sie im Grundsatzprogramm festgehalten haben UND GLEICHZEITIG  
30 gerade für diese Werte für andere Mehrheitsverhältnisse zu kämpfen, ist nicht  
31 mehr darstellbar und bei den letzten Wahlen klar gescheitert. Auch, weil es uns  
32 immer schwerer fällt, klar darzustellen, wofür wir als Grüne stehen und kämpfen.  
33 Hier braucht es erkennbare grüne Linien und auch die Konsequenz, dazu zu stehen  
34 im Zweifelsfall auch aus der Opposition heraus.

35 Eine (!) dieser "grünen Linien" muss für uns Grüne sein, dass wir die  
36 ökologische Transformation sozial gerecht gestalten. Und nicht dafür sorgen,  
37 dass Menschen mit weniger Geld, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen  
38 haben und am meisten unter den Folgen der Klimakrise zu leiden haben, jetzt auch  
39 noch die Kosten tragen sollen:

40 Ökologische Transformation: Sozial gerecht!

41 Für grüne Politik, die die Mehrheit der Bevölkerung spürbar entlastet

42 Eine Abwälzung der Transformationskosten und -risiken auf niedrige und mittlere  
43 Einkommensschichten darf es mit Grün nicht geben!

44 Deshalb erwarten wir die folgenden drei Punkte von unserer Regierung und einen  
45 verlässlichen Fahrplan bis Ende des 1. Quartals 2025.

46 1) Klimageld: Entlastung von Privatpersonen von steigenden CO2-Preisen

47 Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, müssen jetzt so schnell wie möglich die  
48 rechtlichen und technischen Voraussetzungen zur Auszahlung eines  
49 einkommensabhängigen Klimageldes (das niedrige und mittlere Einkommen besonders  
50 entlastet) in Form von Direktzahlungen an Privatpersonen geschaffen werden.

51 Die Bundesregierung muss mit grüner Beteiligung noch im Jahr 2025 mit der  
52 Auszahlung eines Klimagelds beginnen, das Private von den Kostensteigerungen  
53 aufgrund steigender CO2-Preise bei Energie und Treibstoffen entlastet.

54 So wird klimafreundliches Verhalten belohnt und es findet ein sozialer Ausgleich  
55 im System statt.

56 Unterm Strich werden so Geringverdiener\*innen und Familien entlastet.

57 2) Arbeitende entlasten - Vermögende in die Verantwortung nehmen

58 Wir brauchen dringend mehr Investitionen in Klimaschutz, in öffentliche  
59 Infrastruktur,

60 Digitalisierung und Bildung. Aber dass dabei die größte Last bei Steuern und  
61 Sozialabgaben aktuell die normalen Arbeitseinkommen tragen, während  
62 Kapitaleinkommen bessergestellt werden, ist nicht gerecht!

63 Wenn wir Mehreinnahmen brauchen, dann nicht auf Kosten von Arbeiter\*innen und  
64 Normalverdiener\*innen. Hier braucht es noch 2025 eine spürbare Entlastung. Dafür  
65 sollen Superreiche und Kapitalerträge stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens  
66 herangezogen werden. Etwa durch die Streichung der Abgeltungssteuer, so dass  
67 Kapitalerträge wieder gemeinsam mit dem Erwerbseinkommen progressiv besteuert  
68 werden, damit starke Schultern auch mehr tragen.

69 3) Gute Arbeit: Tariftreue

70 Wir investieren auch mit Milliarden an Steuermitteln massiv in Infrastruktur-  
71 und Transformationsaufgaben wie den Ausbau von Schienen und die Sanierung von  
72 Straßen und Brücken.

73 Von öffentlichen Geldern dürfen keine Dumpinglohn-Geschäfte unterstützt werden.

74 Es ist Kernbestandteil grüner Politik dafür zu kämpfen, dass hier gute  
75 Arbeitsbedingungen, guter Lohn und Transformation zusammengehen! Deshalb kämpfen  
76 wir für mehr Tarifbindung, die mehr Lohn, mehr Sicherheit, mehr Freizeit und

- 77 Mitbestimmung für Beschäftigte bringt. Und gehen als großer Auftraggeber voran,  
78 wie wir es bereits im Koalitionsvertrag geeint hatten: Keine öffentlichen Mittel  
79 mehr für Unternehmen, die sich nicht an die in der Branche üblichen  
80 Tarifbedingungen halten!
- 81 Die Zustimmung der ganzen Bundesregierung zum Bundestariftreuegesetz bis Anfang  
82 2025 machen wir zur Voraussetzung für eine weitere Regierungsbeteiligung.
- 83 4) Umweltschutz ist Gesundheitsschutz
- 84 Sozial-ökologisch bedeutet auch: Unsere Umwelt schützen – und damit unsere  
85 Gesundheit. Umweltpolitik, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt und  
86 allen, unabhängig davon, ob sie auf dem Land oder in der Stadt leben, wie viel  
87 Geld ihnen zur Verfügung steht und wo ihre Wohnung liegt, ein gesundes Leben  
88 statt Belastung durch Feinstaub und Schadstoffe wie Pestizide ermöglicht, muss  
89 stärker im Vordergrund Grüner Politik geschehen.

## Begründung

[erfolgt mündlich]